

Danziger Zeitung.



Nr. 9962.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition Kettnerhagergasse No. 4 und bei allen Kaiserlichen Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 450 R., durch die Post bezogen 5 R. — Interesse kosten für die Zeitung 1876.

Petitionen oder deren Raum 20 R. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsanträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

Abonnements-Einladung.

Unsere geehrten auswärtigen Abonnenten bitten wir, die Bestellungen auf die Danziger Zeitung für das nächste Quartal rechtzeitig anzugeben, damit keine Unterbrechung in der Verbindung eintritt. Die Postanstalten befördern nur so viele Exemplare, als bei denselben vor Ablauf des Quartals bestellt sind.

Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an. Der Abonnementspreis beträgt für die mit der Post zu versendenen Exemplare pro IV. Quartal 1876 5 R.; für Danzig inclusive Bringerlohn 5 R. 25 Pf. Abgeholt kann die Zeitung werden für 4 R. 50 Pf. pro Quartal:

Kettnerhagergasse No. 4 in der Expedition, Altstädtischen Graben No. 108 bei Hrn. Gustav Henning,
2. Dammt No. 14 bei Hrn. H. Abel (Firma Joh. Wiens Nachfolger),
Fischmarkt No. 26 bei Hrn. C. Schwinkowski,
Hohemarkt No. 22 bei Hrn. Haack,
Brodbänken- und Kürschnergassen-Ecke bei Hrn.
R. Martens,
Langgarten No. 8 bei Hrn. Bräutigam,
Neugarten No. 22 bei Hrn. Töws,
Paradiesgasse No. 18 bei Hrn. Bädermeister
Troßner,
Boggenpohl No. 32 im „Tannenbaum“.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Weissenburg, 27. Sept. Bei der Vorstellung der Ritterchaft in Stuttgart hat sich Kaiser Wilhelm einem Mitglied derselben gegenüber gesprächsweise über die gegenwärtige politische Lage geäußert. Diese Aeußerung hatte nach authentischer Mittheilung folgenden Inhalt: Er sei erfreut, sich der Hoffnung hingeben zu können, daß nun der Friede gesichert erscheine. Die Lösung der Aufgabe sei freilich eine leichte gewesen. Man möge nur bedenken, wie schwer es Kaiser Alexander gemacht worden sei, diesen neuen Beweis seiner Friedensliebe zu geben. Jetzt scheine aber die Grundlage für die Politik der großen Mächte gefunden, welche hoffentlich zu einem gedeihlichen Ziele führen werde.

Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Wien, 26. Sept. Die „Politische Correspondenz“ veröffentlicht einen längeren telegraphischen Bericht aus Konstantinopel über die seit dem 20. d. fortlaufend stattgehabten diplomatischen Schritte zur Erzielung eines Waffenstillstandes. Nach denselben hat die Pforte gestern schriftlich eine Verlängerung der Waffenruhe um 8 Tage zugestanden, wogegen heute der Pforte die Friedensbedingungen mitgetheilt werden sollten. Bezuglich der letzteren ist außer dem bereits Bekannten hervorzuheben, daß für Montenegro eine günstige Regulirung der Grenze, für Bulgarien ein selbstständiges Exarchat und administrative Reformen verlangt werden.

Danzig, 27. September.

Auf dem volkswirtschaftlichen Congress zu Bremen ist die Neberrumpelung durch die Schutzzöllner nicht gelungen. Gestern hat sich der Congress (siehe unten Bremen) sowohl in der Frage der Handelsverträge als in der der Eisenzölle in seiner Mehrheit in freihändlerischem Sinne ausgesprochen. Vielleicht sind auch einige der Schutzzöllner von ihrem Vorsatz zurückgetreten, als ihnen Bremens erstes Preßorgan vorhielt, daß es doch nicht anständig wäre, wenn z. B. Schenkvorwürfe sich in einen Mäßigkeitsverein oder Ultramontane in den Gustav Adolf-Verein aufnehmen ließen.

Weil die Reichsregierung, wie offiziös mit aller Bestimmtheit versichert wurde, von jeder Initiative auf Verlängerung des Eisenzölles Abstand nehmen wird, so wird ein solcher Antrag, wie wir schon mittheilten, in der Herbstsession des Reichstags von einer Anzahl von Reichstagsmitgliedern, welche industrielle Bezirke vertreten, eingebracht werden. Als erster Unterzeichner soll der Abg. Dr. Löwe fungieren, welcher den westfälischen Wahlkreis Bochum vertritt. Diese Wahl ist insofern geschickt, als Dr. Löwe zu denen gehört, welche „im Prinzip“ für völligen Freihandel sind und nur in der Praxis Ausnahmen verlangen. Diese sind am meisten zu fürchten, sie sind geeignet, die erste Bresche in unsere Zollpolitik zu schießen. Die Schutzzöllner stricken Oberflanz werden sich vorläufig noch im Hintertreffen halten und erst vortreten, wenn die Ersteren ihnen die Wege geebnet haben.

Neuerdings ist noch ein Umstand eingetreten, welcher den noch sehr gefahrdrohenden schutzzöllnerischen Bestrebungen die Spitze abzubrechen geeignet ist. Es kommt ja für den von ihnen vorläufig nur geforderten ersten Schritt als schwerwiegendster Grund der wirkliche Notstand in der Eisenindustrie angeführt werden. Freilich ist derselbe am wenigsten durch die Zollpolitik veranlaßt und ruht auf den mit unserer Eisenindustrie konkurrierenden Ländern, z. B. auf England, fast noch schwerer, sind dort doch vor Kurzem noch eine Reihe schwerer Fallimente in der Eisenbranche vorgekommen, obgleich in England die großen Fabrikabstellungen nicht so, wie bei uns, vergründet sind. In der seit lange außerordentlich gedrückten Eisenbranche zeigt sich seit Kurzem von verschiedenen Seiten eine kleine

aber entschiedene Besserung. So geht aus einem Circular der Herren J. Nöther u. Co. in Mannheim hervor, daß dieselben, dem eingetretenen gemeinsamen Aufschlange der Saar- und Lothringen-Hüttenwerke folgend, ihre Preise für Walzeisen um fünf Mark pro Tonne oder 50 Pfennig pro 100 Kilo erhöht haben. Es wird dazu bemerkt: „Wir sind der Ansicht, daß diese vorläufige Besserung auf dem Gebiete der Eisenindustrie und des Handels allgemein freudig begrüßt werden darf, und daß mit dem zurückkehrenden Vertrauen ein weiterer Aufschwung in allernächster Zeit zu erwarten steht.“

In der Presse werden bereits vielfach die Aufgaben erörtert, mit denen sich die erste Session des neu gewählten Abgeordnetenhauses zu beschäftigen haben wird. Man darf dabei jedoch nicht übersehen, daß diese erste Session nach den bisherigen, in der Natur der Verhältnisse begründeten Dispositionen eine sehr kurz bemessene sein muß; es bleiben nämlich für die Winteression des Landtags nur die drei letzten Wochen des Januar und allerhöchstens noch Anfang Februar und in dieser Frist wird man alle Mühe haben, den Statut herzustellen. Ob die großen in Aussicht gestellten Gesetzeswünsche, Unterrichtsgesetz, Städteordnung, Landgemeindeordnung, Communalbefreiung, bis dahin werden eingebracht werden können, ist noch ungewiß, zu ihrer Erledigung in diesen wenigen Wochen ist aber kaum eine Möglichkeit vorhanden. Spätestens im Februar, muß der neu gewählte Reichstag zum erstenmal zusammengetreten, um seinerseits den Reichstet festzustellen und was sonst noch vorliegt zu erledigen; man darf hoffen, daß es möglich sein wird, diese Frühjahrsession des Reichstags vor Ostern zu schließen und alsdann bis zum Beginn des Sommers noch eine Reihe von Wochen für den Landtag zu gewinnen, dessen Schwerpunkt dann wieder, wie in diesem Jahre, in die Zeit von Ostern bis tief in den Sommer fiele, eine erfahrungsgemäß für parlamentarische Arbeiten nicht gerade sehr förderliche Jahreszeit. Ob es in dieser immerhin auch knapp bemessenen Zeit möglich sein wird, die angeführten großen organischen Gefehgebungen sämmtlich zu vollenden, darüber sind jetzt wohl keine Berechnungen aufzustellen. Die im Jahre 1877 eintretende Auseinanderreisung der LandtagsSESSIONEN ist für die Förderung der Geschäfte sehr ungünstig, aber allerdings durch die Nothwendigkeit der Staatsberatung geboten. Die Folgen der Verlegung des Staatsjahres, von der man sich die Möglichkeit einer zweckmäßigeren parlamentarischen Disposition verspricht, können sich in diesem Übergangsjahre noch nicht zeigen. Erst vom Jahre 1878 an darf man sich verprechen, daß dem Landtag wieder eine ununterbrochene, ausreichende Berathungsfrist in einer günstigen Jahreszeit, nämlich in den ersten Monaten jedes Jahres zu Gebote steht, während die letzten Monate des Jahres dem Reichstag verbleiben. In der bevorstehenden parlamentarischen Session aber werden wir noch sehr stark unter den Nebelständen der Geschäftsüberlastung und Zeitbeschränkung zu leiden haben.

Der päpstlichen Curie scheint der kirchenpolitische Conflict in Deutschland immer noch nicht in der gewünschten Schärfe geführt zu werden. Im künftigen Januar sind es 800 Jahre, daß der deutsche Kaiser Heinrich IV. auf dem Schloßhofe von Canossa vor dem stolzen Gregor VII. im Bürgerhause stand, und nun wird der „Independence Belge“ berichtet, daß die päpstliche Curie den Säculartag der Demütigung des Herrschers Deutschlands festlich begehen wolle. Wenn sie damit den Streit zu schüren, die Verbitterung zu verschärfen hofft, so kann ihr dies wohl gelingen.

Die Proklamirung Milans zum König von Serbien erschwert den vermittelnden Mächten sehr ihre Arbeit. Sie sahen das Pronunciamento Anfangs nur als schlechten Spaß an, aber es zu redressiren wird ihnen schwerer, als sie hofften. Milan gefällt nicht nur der neue Titel, gegen den er sich scheinbar sträubt, er fürchtet auch, daß die Armee, d. h. daß die russischen Offiziere, welche das Heer in der Hand haben, es ihm sehr übernehmen würden, wenn er ihnen den Spaß verdirbe. Die Armee, welche schon einmal Königs kronen vertheilt hat, könnte ja über kurz oder lang ein neues Pronunciamento mit besserem Erfolg aufzuführen, und es ist wenigstens zweifelhaft, ob Nikita von Montenegro oder ein russischer Großfürst es zurückweisen würde, zum König aller Südslaven proclamirt zu werden. In den „Daily News“ finden wir bereits ein Telegramm aus Paris, wonach die russischen Offiziere der serbischen Armee beabsichtigen, Milan abzusetzen und den Großfürsten Alexis auf den serbischen Königsthron zu erheben. Aus Petersburg wird freilich berichtet, daß das Pronunciamento dort sehr abföhnen gewirkt habe. Man signalisiert der „Pol. Corr.“ aus Petersburg, daß im gegenwärtigen Augenblick die serbische Frage an leitender Stelle zu bestehen aufgehört hat und daß nunmehr in erster Linie die südslavische Christenfrage zu berücksichtigen sein wird. — Fürst Nikita von Montenegro soll durch die Proklamation Milan's sehr deprimirt und zum Separatfrieden geneigt sein.

Die Wiener „Pol. Corr.“, ein anerkannt halb-offizielles Organ der österreichischen Regierung, wendet sich mit scharfen Worten gegen die serbischen Königspläne. Sie sagt, das Vorgehen der Armee und ihres Commandanten sei eine

unberechtigte Einmischung in die Politik, ja eine Auflehnung, aus welcher dem Lande nur Verlegenheiten, dem Fürsten keinesfalls eine Erhöhung würde erwachsen können. In der That müsse es nicht nur für den Credit des Landes unzuträglich erscheinen, wenn in dem Momente schwerer Verwicklungen Eigennach der Autorität in die Zugel greift, sondern es stehe auch der bloße Anblick eines nicht siegreichen Feldherrn, der seinem Fürsten die Krone aufdrängt, während die Truppen des Feindes noch Theile des Landes besetzt halten, mit dem Ernst der gegenwärtigen Lage in auffälligem Widerspruch. Trotz dieser Contraste könnte jedoch das merkwürdige Schauspiel eine ernste Seite gewinnen durch die wachsende Pression, mit welcher die Urheber desselben sich auf der Bühne behaupten zu wollen scheinen. Es wäre daher im Interesse Serbiens und des Friedens, zu dessen Wiederherstellung man die Hilfe der Mächte nachsuchte, dringend zu wünschen, daß man sich in Belgrad und hinter Alexina über die möglichen Tragweite einer fortgesetzten Demonstration rechtzeitig klar würde. Die Mächte nahmen das Mediationswerk trotz der Misserfolge Serbiens auf der Basis des status quo ante bellum in die Hand. Sie könnten den Erfolg ihrer Action durch solches Intermezzo nicht compromittieren und einen Zustand herbeiführen lassen, welcher der Pforte gegründeten Anlaß bieten könnte, sich jeder Verhandlung mit diesem Lande zu entziehen. Österreich-Ungarn aber könnte bei dem speziellen Interesse, das die Monarchie als Nachbarstaat an dem Zustandekommen des Friedens hat, und gerade wegen der hervorragenden Weise, in der es sich für die Verbesserung des Loses der christlichen Bevölkerung des Orients verwendete, keinen Zweifel darüber bestehen lassen, daß es auf keinen Fall gewonnen sei, den Königstitel, wenn derselbe dem Fürsten von Serbien aufsctrohrt würde, anzuerkennen und daß alle thatfächlichen Consequenzen, welche man aus solchem Acte zu ziehen veruchen wollte, entschiedenem Einspruche begegnen müssten.

In einem Petersburger Briefe der „Polit. Corr.“ wird im Anschluß an die Mittheilung, daß der Streich der „Prätorianer“ sehr übel aufgenommen sei, erzählt, man spreche in unterniedrigenden Kreisen der russischen Hauptstadt bereits von einer neuen bevorstehenden Reise des Feldmarschalls Manteuffel, diesmal nach Wien, und wenn in Warschau die Eventualität einer Besetzung von türkischen Provinzen in's Auge gefasst wurde, so sei es nicht unmöglich, daß der Gegenstand der eventuellen Wiener Mission die eventuelle Besetzung Serbiens werden könnte. Das officiöse Wiener Blatt fügt freilich hinzu, daß in Wien bis zur Stunde von dieser Kunde noch nichts bekannt sei.

Bei Schluss des Blattes geht uns das obige, aus Weissenburg datirte Telegramm hochoffiziöfer Natur zu. Es bestätigen die Worte unseres Kaisers durchaus, was uns vorgestern bereits aus Berlin berichtet wurde.

Deutschland.

Berlin, 26. Sept. Eine Plenarsitzung des Bundesrates ist noch nicht in Aussicht genommen; wie es scheint wird eine solche erst zu erwarten sein, wenn ein umfassendes Material durch die Ausschüsse festgestellt ist. Man erwartet demnächst auch den Bericht über das mehrerwähnte Gesetz, betreffend die Untersuchung von Seeunfällen, über welches wohl auch in der nächsten Sitzung Beschluß gefasst werden wird. Mit dem Referat ist der hanseatische Ministerresident Dr. Krüger beschäftigt. — Eine Berathung des Justizausschusses wird im Laufe der nächsten Woche beginnen, um den Vertrag der Polizei-Beamtenten aufzustellen. Die beiden Referenten Stadt. Zimmermann II. und Beutner und des Stadt. Haefel (Charlottenburg) wird der folgende Antrag des Referenten angenommen: „Der Stadtverordneten-Congress ist der Ansicht, daß der Stadtverordneten-Versammlung das alleinige Recht zu stehen muss, den Statut in Einnahme und Ausgabe festzustellen, mit der Maßgabe, daß bestehende Communalbeschlüsse beachtet und die gesetzlichen Verpflichtungen der Gemeinde erfüllt werden müssen. In der sich anschließenden Debatte ergriff zunächst Eugen Richter (Berlin) das Wort, um dem Referenten entgegentreten. Der Schwepunkt des Budgetrechts liege in der Bewilligung der städtischen Steuern, und dieses Recht sei in der neuen Städteordnung in keiner Weise beschränkt. Auch das Recht der Streichung von Einnahmen und Ausgaben sei nicht geändert. In Bezug auf das Budgetrecht überhaupt in seinem ganzen Rahmen gegenüber den Aufsichtsbehörden sei in der neuen Städteordnung eine wesentliche Kräftigung erzielt und dem genannten Rechte wohl eine wahre Grundlage gefunden. In Bezug auf neue Ausgaben und auf die Veranlagung bereits bestehender Einnahmen sei ferner in der neuen Städteordnung eine entschiedene Besserung enthalten. Die ganze Differenz spießt sich nun auf die Frage zu: hat die Stadtverordnetenversammlung das Recht, ohne Zustimmung des Magistrats neue Ausgaben oder Ausgabeerhöhungen in den Statut einzufügen. Redner befürchtet dieses Recht auf das Entscheidende. Erkenne man dieses Recht an, so stürze man die ganze Magistratsverfassung. Er beantrage daher, in Übereinstimmung mit dem Schlesischen und Brandenburgischen Städtetag als Zusatz zu der vom Referenten ausgesprochenen Ansicht zu erklären, daß, falls neue Ausgaben oder eine Erhöhung der Ausgaben gegen den vorgelegten Statut beschlossen werde, ein solcher Beschluß der Zustimmung des Magistrats bedürfe. Stadtverordneten-Löwe (Berlin) glaubt, eine Besserung des Budgetwesens in der neuen Städteordnung nicht einzuführen. Nur dann, wenn das volle Bevollmächtigungsrecht erhalten bliebe, könne die Stadtverordnetenversammlung ihrer Aufgabe gerecht werden. Nach langerer Discussion wurde dann der Antrag des Referenten: „Der Stadtverordneten-Congress ist der Ansicht, daß der Stadtverordneten-Versammlung das alleinige Recht zu stehen muss, den Statut in Einnahme und Ausgabe festzustellen, mit der Maßgabe, daß bestehende Communalbeschlüsse beachtet und die gesetzlichen Verpflichtungen der Gemeinde erfüllt werden müssen“, angenommen. — Es folgt als zweiter Gegenstand der Tagesordnung die Berathung der Frage über die Polizei-Bewaltung in Städten inklusive der Anstellung der Polizei-Beamten. Nach kurzer befürwortender Discussion der beiden Referenten Stadt. Zimmermann II. und Beutner und des Stadt. Haefel (Charlottenburg) wird der folgende Antrag des Referenten angenommen: „Der Stadtverordneten-Congress ist der Ansicht: 1) daß die Polizei-Bewaltung der Polizei in den Händen des Magistrats-Collegiums liegen müsse, jedoch mit der Maßgabe, daß die eigentliche executive Polizei von einer einzelnen Person ausgeübt wird; 2) daß die Anstellung der Polizei-Beamten durch das Magistrats-Collegium zu erfolgen habe; 3) daß localpolizeiliche Strafverordnungen nur mit Zustimmung der Communalbehörde zu erlassen sind; 4) daß in den Städten, wo die Polizeiverwaltung besonderen Staatsbehörden übertragen ist, die letztere lediglich die Sicherheitspolizei wahrzunehmen hat, die übrigen Zweige der Polizeiverwaltung der Communalbehörde zu überweisen sind.“ — Die Versammlung tritt nun in die Berathung mehrerer Anträge, welche gestern von dem Stadt. Richter gestellt worden sind. Der erste derselben bezieht sich auf den § 125 der Regierungsvorlage des Städteordnungsentwurfs, welcher der Regierung das Recht der Auflösung der Stadtverordneten-Versammlung zuteilt, und welcher bekanntlich vom Abgeordnetenhaus gestrichen ist. Die Versammlung erklärt sich ohne Discussion für den Beschluß des Abgeordnetenhauses. Der zweite Antrag bezieht sich auf die Frage über die Stellung einzelner städtischer Beamten unter die Kontrolle des Stadtverordneten-Beschäftigers. Auf Vorschlag des Stadt. Dr. Kürsten beschließt die Versammlung folgende Resolution: „Der Congress ist der Ansicht, daß diejenigen Beamten, welche zur Unterstützung der Stadtverordneten-Versammlung in ihren Geschäftsbüros verwendet werden, 1) von der Stadtverordneten-Versammlung allein angestellt werden; 2) dem Vorsitzenden der Stadtverordneten-Versammlung allein untergeordnet sind.“ — Der dritte Antrag bezog sich auf die Frage: „Ob Mitglieder des Magistrats aufgefordert sein sollen, mit Gehälter verbundene Nebenämter zu übernehmen.“ Der Referent Stadt. Jäger (Magdeburg) empfiehlt zu beschließen, daß jedem Magistratsmitgliede die Übernahme eines besoldeten, oder mit einer Nebenein-

der Stadtverordneten. Der Referent, Rechtsanwalt Meyn (Berlin), wies zunächst an der Hand der geschäftlichen Entwicklung der Städteordnung darauf hin, daß in Betreff der angeregten Anlegenseite der jetzt vorliegende Entwurf, nach dem zur Feststellung des Staats die Zustimmung des Magistrats verlangt werde, unbedingt einen Rückhalt involviere und verlangte, daß der Stadtverordneten-Versammlung das alleinige Recht zu stehen müsse, den Statut in Einnahme und Ausgabe festzustellen, mit der Maßgabe, daß bestehende Communalbeschlüsse beachtet und die gesetzlichen Verpflichtungen der Gemeinde erfüllt werden müssen. In der sich anschließenden Debatte ergriff zunächst Eugen Richter (Berlin) das Wort, um dem Referenten entgegentreten. Der Schwepunkt des Budgetrechts liege in der Bewilligung der städtischen Steuern, und dieses Recht sei in der neuen Städteordnung in keiner Weise beschränkt. Auch das Recht der Streichung von Einnahmen und Ausgaben sei nicht geändert. In Bezug auf das Budgetrecht überhaupt in seinem ganzen Rahmen gegenüber den Aufsichtsbehörden sei in der neuen Städteordnung eine wesentliche Kräftigung erzielt und dem genannten Rechte wohl eine wahre Grundlage gefunden. In Bezug auf neue Ausgaben und auf die Veranlagung bereits bestehender Einnahmen sei ferner in der neuen Städteordnung eine entschiedene Besserung enthalten. Die ganze Differenz spießt sich nun auf die Frage zu: hat die Stadtverordnetenversammlung das Recht, ohne Zustimmung des Magistrats neue Ausgaben oder Ausgabeerhöhungen in den Statut einzufügen. Redner befürchtet dieses Recht auf das Entscheidende. Erkenne man dieses Recht an, so stürze man die ganze Magistratsverfassung. Er beantrage daher, in Übereinstimmung mit dem Schlesischen und Brandenburgischen Städtetag als Zusatz zu der vom Referenten ausgesprochenen Ansicht zu erklären, daß, falls neue Ausgaben oder eine Erhöhung der Ausgaben gegen den vorgelegten Statut beschlossen werde, ein solcher Beschluß der Zustimmung des Magistrats bedürfe. Stadtverordneten-Löwe (Berlin) glaubt, eine Besserung des Budgetwesens in der neuen Städteordnung nicht einzuführen. Nur dann, wenn das volle Bevollmächtigungsrecht erhalten bliebe, könne die Stadtverordnetenversammlung ihrer Aufgabe gerecht werden. Nach langerer Discussion wurde dann der Antrag des Referenten: „Der Stadtverordneten-Congress ist der Ansicht, daß der Stadtverordneten-Versammlung das alleinige Recht zu stehen muss, den Statut in Einnahme und Ausgabe festzustellen, mit der Maßgabe, daß bestehende Communalbeschlüsse beachtet und die gesetzlichen Verpflichtungen der Gemeinde erfüllt werden müssen“, angenommen. — Es folgt als zweiter Gegenstand der Tagesordnung die Berathung der Frage über die Polizei-Bewaltung in Städten inklusive der Anstellung der Polizei-Beamten. Nach kurzer befürwortender Discussion der beiden Referenten Stadt. Zimmermann II. und Beutner und des Stadt. Haefel (Charlottenburg) wird der folgende Antrag des Referenten angenommen: „Der Stadtverordneten-Congress ist der Ansicht: 1) daß die Polizei-Bewaltung der Polizei in den Händen des Magistrats-Collegiums liegen müsse, jedoch mit der Maßgabe, daß die eigentliche executive Polizei von einer einzelnen Person ausgeübt wird; 2) daß die Anstellung der Polizei-Beamten durch das Magistrats-Collegium zu erfolgen habe; 3) daß localpolizeiliche Strafverordnungen nur mit Zustimmung der Communalbehörde zu erlassen sind; 4) daß in den Städten, wo die Polizeiverwaltung besonderen Staatsbehörden übertragen ist, die letztere lediglich die Sicherheitspolizei wahrzunehmen hat, die übrigen Zweige der Polizeiverwaltung der Communalbehörde zu überweisen sind.“ — Die Versammlung tritt nun in die Berathung mehrerer Anträge, welche gestern von dem Stadt. Richter gestellt worden sind. Der erste derselben bezieht sich auf den § 125 der Regierungsvorlage des Städteordnungsentwurfs, welcher der Regierung das Recht der Auflösung der Stadtverordneten-Versammlung zuteilt, und welcher bekanntlich vom Abgeordnetenhaus gestrichen ist. Die Versammlung erklärt sich ohne Discussion für den Beschluß des Abgeordnetenhauses. Der zweite Antrag bezieht sich auf die Frage über die Stellung einzelner städtischer Beamten unter die Kontrolle des Stadtverordneten-Beschäftigers. Auf Vorschlag des Stadt. Dr. Kürsten beschließt die Versammlung folgende Resolution: „Der Congress ist der Ansicht, daß diejenigen Beamten, welche zur Unterstützung der Stadtverordneten-Versammlung in ihren Geschäftsbüros verwendet werden, 1) von der Stadtverordneten-Versammlung allein angestellt werden; 2) dem Vorsitzenden der Stadtverordneten-Versammlung allein untergeordnet sind.“ — Der dritte Antrag bezog sich auf die Frage: „Ob Mitglieder des Magistrats aufgefordert sein sollen, mit Gehälter verbundene Nebenämter zu übernehmen.“ Der Referent Stadt. Jäger (Magdeburg) empfiehlt zu beschließen, daß jedem Magistratsmitgliede die Übernahme eines besoldeten, oder mit einer Nebenein-

nahme verknüpften Amtes versagt werde. Dagegen beantragt Stadtv. Siebiger (Halle) zu beschließen, daß den Magistratsmitgliedern die Nebernahme befohlener Nebenämter nur mit Genehmigung der Stadtverordnetenversammlung gestattet sein soll.

Nach kurzer Discussion wurde der Antrag Sieger abgelehnt, der Antrag Siebiger angenommen. — Der nächste Gegenstand der Tagesordnung bezieht sich auf das Wahlrecht der Forenzen. Nach der Discussion wird auf Antrag der Referenten Stadtv. Dr. Langerhans und Jacobs einstimmig die Ansicht ausgesprochen: „Das kommunale Wahlrecht der Forenzen und juristischen Personen halten wir weder für gerecht noch für zweckmäßig.“ — Hiermit werden die Verhandlungen für heute geschlossen. Der Vorsitzende theilt mit, daß von Mitgliedern des Bureaus der Antrag gestellt sei: nach Art des gegenwärtigen Congresses eine dauernde Verbindung der städtischen Vertretungen herbeizuführen und dies durch die Wahl einer ständigen Vertretung und eines dauernden geschäftsführenden Ausschusses zu ermöglichen. (Lebhafte Beifall.) Ferner habe Stadtv. Böhmen den Antrag gestellt, daß bei den größeren städtischen Verwaltungen die Anstellung besonderer technischer Räthe außer dem Syndicus und Kämmerer dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung unterworfen werden soll. Beide Anträge werden morgen auf die Tagesordnung gesetzt und dann um 3½ Uhr die Sitzung geschlossen.

[Marine.] Das Kanonenboot „Delphin“ lief am Sonnabend Morgen in den Kieler Hafen ein. — Der Corvettenkapitän Paschen ist, unter Entbindung von seinem Commando als erster Adjutant der Marinestation der Nordsee, in das See-Offizier-Corps zurückverlegt und der Corvetten-Kapitän Schröder, unter Versetzung in den Admiralsstab, als erster Adjutant zur Marinestation der Nordsee commandirt. Es sind ferner vorlegt: Der Capitán zur See Frhr. v. Schleinitz, Vorstand des hydrographischen Bureaus, der Capitänleutnant Herbig — dieser unter Ernennung zum Ausrüstungsdirектор der Werft in Kiel — in den Marinestab; der Corvettenkapitän Pirner ist vom Marinestab — unter Entbindung von seinem Commando als Ausrüstungsdirектор der Werft in Kiel — in das See-Offizier-Corps versetzt. Es sind befördert: die Lieutenanten zur See Claussen v. Fink, Koch, v. Wietersheim und v. Schudmann I. zu Capitänlieutenants; der Maschinen-Ingenieur Kapitän zum Maschinen-Oberingenieur. Der Cadett Heintzmann hat das Zeugnis der Reise zum Seecadetten erhalten.

Bremen, 26. Sept. Der Congress der Gesellschaft für Reform und Codificirung des Völkerrechts überwies in seiner heutigen Sitzung die von Hack und Schneider (Bremen) vorgebrachten Resolutionen, betreffend die große Havarie, auf Antrag H. Meier's einer aus sieben Mitgliedern bestehenden Commission, mit dem Auftrage, auf dem im nächsten Jahre stattfindenden Congresse über dieselben Bericht zu erstatten.

In der heutigen Sitzung des Congresses deutscher Volksvirthe wurde die Berathung des zweiten Punktes der geistigen Tagesordnung (die Erneuerung der bestehenden und die Abschaffung neuer Handelsverträge) fortgesetzt. Nach dreistündigen Verhandlungen wurden zwei schütz-zöllnerische Anträge von Stoepel und Bued verworfen. Dagegen nahm der Congress mit entschiedener Mehrheit folgenden, von den Referenten Lammers und Weigert gestellten Antrag an: „Bei dem bevorstehenden Ablauf der Handels- und Schiffahrtsverträge mit anderen europäischen Staaten empfiehlt es sich deutscherseits, deren Erneuerung ernstlich zu erstreben. Die Unterhandlungen müssen auf Erleichterung sowohl der Ausfuhr wie der Einfuhr gerichtet sein. Auf Gleichheit der beiderseitigen Zollsäze auszugehen, hat als allgemeines Verhandlungsprogramm wegen der Vielheit der Verträge keinen Sinn und ist im einzelnen Falle nur zulässig in Richtung auf den niedrigeren Satz. Die Regel muß, wie bisher, unfeierlich eine Verallgemeinerung aller der Zollermäßigungen sein, welche einem einzelnen fremden Staate bewilligt werden und von der anderen Seite für Deutschland die Erlangung der Rechte der meistbegünstigten Nation. Neue, den Verkehr erleichternde Zollverträge erscheinen wünschenswert, insbesondere mit Russland und den Vereinigten Staaten.“ — Bei der hierauf folgenden Berathung der Frage betreffend die Eisenzölle wurde der Antrag Baare's (Bochum) auf Verlängerung der durch das Reichsgesetz zum 1. Januar 1877 aufzuhebenden Eisenzölle mit 137 gegen 105 Stimmen verworfen, dagegen der gegenüberstehende Antrag Dannenberg's und Genossen angenommen.

(W. T.)

Weissenburg, 26. Sept. Der Kaiser hat bei dem geistigen Rennen Elsässer Bauern, welchem über 20 000 Zuschauer beimontiert, die Preise selbst vertheilt. Die Elsässer Bauernmädchen waren in ihrer Feiertags-Nationaltracht, die am Rennen teilnehmenden Bauern in voller Jockeycostüm erschienen. An dem Diner nahmen die Generale und Stabsoffiziere Theil. Am Abend brachte der Straßburger Männergesangverein eine Serenade; an die von denselben abgefendete Deputation hat der Kaiser eine sehr freundliche und gnädige Ansprache gerichtet. Heute früh fand Cavallerie-Gefechts-Exercire zwischen Schleithal und Geitershof statt. Um 2 Uhr gedenkt der Kaiser das Schlachtfeld von Weissenburg zu besichtigen; an dem Diner nehmen die Generale und die Spitzen der Behörden Theil.

(W. T.)

Schweiz. — Man schreibt der „N. Z.“ aus Bern: Die vom Bundesrat eingesetzte Gotthard-Commission hat ihre Arbeiten vollendet und in allen Hauptpunkten die Hellwag'schen Vorlagen gut geheissen. Von der Errichtung der Trajectanstalten soll Umgang genommen werden. Die Bergbahnen soll überall doppelpurig angelegt werden, wenn auch das zweite Gleis erst später angebracht wird. Die Commission schlägt für den Fall der Verweigerung der Subventionsummen entweder Veränderung der Trace oder Anwendung eines Bergbahnsystems vor. Am 29. d. soll sich nun die internationale Conferenz für die Gotthardbahn, d. h. die Abgeordneten der Regierungen Deutschlands, Italiens und der Schweiz in Bern versammeln, um den Stand der Arbeiten zu prüfen und geeignete Vorschläge zu machen. Die Vorarbeiten der technischen Commission werden der Conferenz

sehr zu staften kommen. Ohne Zweifel wird auch letztere im Großen und Ganzen auf die Hellwag'sche Vorlage abstellen müssen, denn es stellt sich immer mehr heraus, daß diese auf einer richtigen Grundlage beruht.

Frankreich.

XX Paris, 24. Sept. Wir meldeten vor einiger Zeit von einem Vorfall im Cochinchinen Hospital, der beträchtliches Aufsehen veranlaßte. Die Verwaltung hatte dort neue Bettel am Bette der Kranken anbringen lassen, auf welchen zu vermerken war, ob die Patienten etwa einen Religionswechsel verlangen und Ähnliches. Ein Arzt des Hospitals, Dr. Desprez, hatte diese Neuerung zur öffentlichen Kenntniß gebracht. Gestern versammelte sich das leitende Comité der „Assistance publique“ unter dem Vorst. des Directors Nervaux und im Beisein des Polizeipräfekten Nervaux beantragte eine Disciplinarmäregel gegen den Dr. Desprez und eiferte gegen die Indiscretion der Journale, welche innere Vorgänge der Verwaltung an die große Glocke hängt. Das Comité gab ihm aber Unrecht; es verachtete keinerlei Maßregel gegen den genannten Arzt und beantragte im Gegenteil die Entfernung jener neuen Bettel aus den Krankenzimmern.

England.

* London, 23. Sept. Die Herbstsitzungen des Cabinets scheinen in diesem Jahre ungewöhnlich früh ihren Anfang nehmen zu sollen. Der erste Cabinetsrath soll, der „Ball Mall Gazette“ aufzugeben, bereits heute stattfinden. Der Grund ist offenbar in der auswärtigen Politik zu suchen. — Cardinal Manning befindet sich auf einer kleinen Triumphreise im nördlichen England, wo er augenblicklich als Gast des convertirten Marquis von Riper in der prachtvollen Studley verweilt. Der Cardinal hält Gastpredigten, die für die Katholiken der dortigen Gegend große Ereignisse haben. Noch wichtiger ist die am Mittwoch erfolgte Grundsteinlegung zu dem Benedictinerkloster im Fort Augustus in Schottland. Es ist dies das erste Kloster, welches seit 300 Jahren in Schottland wieder in's Leben gerufen wird, und zwar erfreut es grade auf eine der Stellen, wo zur Bezeugung des aufrührerischen Katholizismus unter dem Herzog von Cumberland Festungen errichtet wurden. Das Fort Augustus, um 1729 erbaut, liegt am äußersten westlichen Ende des Loch Rof und war ursprünglich auf eine Besatzung von 300 Mann berechnet, steht aber seit dem Krimkriege leer. Im Jahre 1867 verkaufte es die Gladstone'sche Regierung an Lord Lovat, und dieser schenkte es dem Benedictinerkloster im Fort Augustus in Schottland.

Der Grundsteinlegung spielt der Geber, Lord Lovat, und der Convertit Lord Riper die Hauptrollen. Das eigentliche Kloster ist nur auf dreißig Mönche berechnet, wogegen in demselben Gebäude ein Collegium zur religiösen Erziehung der Söhne der höchsten Stände eingerichtet werden soll, welches achtzig Jünglinge aufzunehmen im Stande ist. Schließlich ist der Bau eines Hospizes beabsichtigt, wo die katholische Geistlichkeit Schottlands ihren periodischen Sammelpunkt finden soll. — Nach einem Telegramm aus Belgrad haben die Bulgaren dem britischen Consul daselbst eine Dankadresse an Mr. Gladstone überreicht.

Dänemark.

Kopenhagen, 15. September. In Anwesenheit des Königs, des Königs von Griechenland, des Kronprinzen und einer großen Volksmenge fand soeben die feierliche Enthüllung der Bronze-Statue H. C. Ørsted's, des Entdeckers des Electromagnetismus, auf dem Norderboulevard statt.

Türkei.

Konstantinopel, 25. September. Die Pforte hat der nach Bulgarien entsandten Commission 1 800 000 Piaster in Gold für die dringendsten Bedürfnisse der Opfer des Aufstandes zur Verfügung gestellt. Maßregeln für den schleunigen Wiederaufbau der niedergebrannten Dörfer wurden getroffen, für die Herbeischaffung von Baumaterial wird gesorgt.

(W. T.)

Amerika.

Aus Newyork wird telegraphirt, daß die Hell-Gate-Felsen, welche die Fahrt von Long Island Sound in den Hafen von Newyork für große Dampfer versperren, nach siebenjährigen Vorbereitungsarbeiten am vergangenen Sonntag ohne Unfall gesprengt wurden. Die Explosion war 10 englische Meilen weit vernehmbar, und die Erschütterung wurde in der Stadt wie ein leichtes Erdbeben verspürt.

Die Ausstellung in Philadelphia wurde am 22. September von 117 710 vollzählenden Personen besucht.

Danzig, 27. September.

* Der Provinzial-Ausschuß hat am 23. und am 25. in Königswörth Sitzungen gehalten. Den Hauptgegenstand der Sitzung vom 23. bildeten die Petitionen betreffend die Theilung der Provinz. Es sind an Petitionen eingegangen 122 für die Theilung und eine Petition (des Kreisausschusses Orlensburg) gegen die Theilung. Von den 122 Petitionen für die Theilung, die sämtlich gleichlautend sind, sind eingebracht 49 von Magistraten, 51 von landwirtschaftlichen Vereinen, 19 von Personen, die sich zu dem Zweck vereinigt haben. Als Referent fungirte Hr. Plehn-Lubochin. Derselbe beantragte, die 122 Petitionen für die Theilung dem Provinzial-Landtag zur Berücksichtigung zu empfehlen; der Correspondent Hr. Dr. Bender-Catharinenhof (Kreis Pr. Eylau) beantragte motivierte Tagesordnung. Der Ausschuß nahm nach mehrstündigem Debatte einen Antrag an, dahin gehend, die Petitionen mit Rücksicht darauf, daß sie an den Provinzial-Landtag gerichtet sind, diesem zu übersenden, ohne ein Votum abzugeben. Von den übrigen Sachen, mit denen sich der Ausschuß beschäftigte, sind folgende zu erwähnen: Es wurde die Frage angeregt, ob es, gegenüber den lebhaften Agitationen der Schutzzöller und Agrarier, gegen die Ausführung des Gesetzes wegen Ermäßigung der Eisenzölle nicht zweckmäßig sei, bei dem Provinzial-Landtag die Absendung einer Gegen-Petition in Antrag zu bringen; es wurde jedoch von der Formirung eines Antrags Abstand genommen, weil sich die Absicht als vorniegend erwies, daß in dieser Frage die Initiative zweckmäßigweise dem Provinzial-Landtag zu überlassen sei. — Von dem Magistrat der Stadt Königsberg ist eine an den Provinzial-Landtag adressirte Petition eingesandt, welche den Antrag enthält, der

Provinzial-Landtag wolle beschließen, daß die Städte der Provinz, in welchen früher Mahl- und Schlachsteuer erhoben wurde, zu den Provinzial-Chausseebaubeiträgen (bestehend in einer Monatsrate der Klasse- und Einkommensteuer) nur mit $\frac{1}{2}$ ihrer Klasse- und Einkommensteuer herangezogen werden. Der Ausschuß hat einen früher bei ihm eingebrachten ähnlichen Antrag bereits früher zurückgewiesen. Derselbe beschließt daher, die vorliegende Petition, ohne auf die Materie einzugehen, dem Provinzial-Landtag zu übersenden. — Von dem Provinzial-Ausschuß ist bei Berathung des Wege-Reglements beschlossen worden, bei den Kreisen der Provinz anzufragen, ob sie gewillt seien, gegen eine von ihnen die Provinz zu zahlende Vergütung von 20 M. pro Kilometer Kreischaussee die Leitung ihrer Bauten und die Beaufsichtigung ihrer Chausseen den von dem Provinzialverbande anzustellenden Landesbau-Inspectoren zu übertragen. Von den Antworten, welche darauf bis jetzt abgegeben sind, lautet die Mehrzahl ablehnend. Der Provinzial-Ausschuß beauftragt die Chausseebau-Commission, die Antworten der Kreise zu prüfen und, falls sich die Notwendigkeit ergeben sollte, wegen des zu erwartenden Ausfalls der bei Feststellung der Zahl der anzustellenden Baubeamten und Normirung der Gehälter mit in Rechnung gezogenen Beträge der Kreise eine Aenderung in der Eintheilung der Baubezirke oder den Anstellungsbedingungen für die Beamten eintreten zu lassen, darauf bezügliche Anträge zu stellen. — Die Sitzung vom 25. d. M. wurde fast gänzlich ausgefüllt durch die Berathung der von uns bereits besprochenen Vorlage des Herrn Landesdirectors betreffend die nach § 4 al. 2 des Dotationsgesetzes vom 8. Juli 1875 auf den Provinzialverband übergegangenen Verpflichtungen, die Fortführung der Chausseebauten und die Aufnahme einer Anleihe von 8 000 000 M. zu Chausseebauzwecken. Es wurden sämtliche Anträge des Herrn Landesdirectors angenommen.

Der Oberverwaltungs-Gerichtshof in Berlin hat gestern in der polnischen Sprachenfrage dahin erkannt, daß das Examen des Bezirksverwaltungs-Gerichts zu Danzig lediglich zu bestätigen sei. Hierauf ist der Spruch des Kreis-Ausschusses in Stargard definitiv bestellt; der Oberverwaltungs-Gerichtshof hat hier also den Grundfaß anerkannt, daß die Preußen polnischer Zunge unter allen Umständen berechtigt sind, sich der polnischen Sprache in öffentlichen Versammlungen selbst dann zu bedienen, wenn die Vertreter der Orts-Polizeibehörde dieser Sprache nicht mächtig sind.

Nach einem Specialerlaß des Ministers der geistlichen u. Angelegenheiten vom 8. v. M. haben sich die einzelnen o. theologischen Prüfungs-Commissionen der Prüfung aller Candidaten, welche sich bei ihr melden, zu unterziehen, sobald sie den gesetzlichen Voraussetzungen für die Zulassung genügen, auch wenn die Candidaten nicht der betreffenden Provinz angehören.

* Die Ostbahn hat im Monat August 140 725 Personen (43 714 weniger als 1875) und 162½ Mill. Kilogr. Güter (14½ Mill. Kilogr. weniger als 1875) befördert. Die Einnahme während der ersten 8 Monate d. J. hat sich auf circa 25 Mill. M. gefestigt (ca. 2½ Mill. M. weniger als 1875). — Auf der Strecke Görlitz-Danzig der Berlin-Stettiner Bahn sind im vorigen Monat 136 429 Personen (2994 mehr als 1875) und 14 Mill. Kilogr. Güter (ca. ¼ Mill. M. weniger als 1875) befördert. Die Einnahme beträgt pro August 177 047 M. (9726 weniger als 1875) und für die ersten 8 Monate d. Jahres 1 156 838 M. (34 079 M. weniger als 1875).

* In der gestern fortgesetzten und beendeten Freiwilligen-Prüfung erhielten 4 Examinianden (Müller, Niemetski, Sulfan und Wagner) die Qualification für den 18-jährigen Militärdienst, 4 Examinianden bestanden die Prüfung nicht.

* Am 25. und 26. d. fand die diesjährige Entlassungsprüfung im Seminar des Hrn. Superintendents Hevelke unter dem Vorst. des Hrn. Regierungs- und Schulrats Siegert aus Königsberg statt. Alle 13 Akademientinnen haben das Zeugnis erhalten.

* Dem Herrn Provinzial-Steuer-Director Geh. Ober-Finanz-Rath Hellwig ist bei seinem Scheiden von Danzig eine Adresse des Vorsteher-Amtes der Kaufmannschaft überreicht worden, in welcher dem langjährigen Vorsteher der hiesigen Provinzial-Steuer-Behörde die Berehrung und der Dank des Vorsteher-Amtes für das den kommerziellen Interessen Danzigs bewiesene Entgegenkommen ausgesprochen und derelbe gebeten wird, auch seinerseits der Danziger Kaufmannschaft eine freundliche Erinnerung zu bewahren.

* Vom 1. October ab werden die zwischen Danzig und Neu-fahrwasser kursirenden Züge nicht mehr an der Haltestelle Brücken halten.

* [Schwurgericht.] Gestern wurde zunächst gegen den Kabelläufer Ferdinand Haller wegen Urkundenfälschung verhandelt. Der Urkunde hatte auf Anfang April c. von dem Gastwirth Dettloff zu Rothenburg 1000 Stück Cigarrn und eine größere Quantität Käse gekauft und statt Zahlung denselben mit gefälschter Unterschrift verlebendes Wechselschema, dem aber wenige Erforderlichkeiten eines Wechsels fehlten, übergeben. Dettloff erklärte sich mit denselben jedoch nicht zufrieden und erhielt nun auf sein dringendes Verlangen die Waare zurück. Obwohl Haller die Urkundenfälschung zugab und nur die gewünschte Absicht bestritt, mußte wegen entstandener Zweifel an seiner Berechnungsfähigkeit die Verhandlung aufgehoben und die Sache in die Voruntersuchung zurückgewiesen werden. — Der zweite Urkundefall betraf einen schweren Diebstahl, die die Knechte Franz Keß, Johann Ewald und Jacob Gniech aus Krotow im Neustädter Kreise daselbst in einer Nacht des Januar an einer größeren Quantität Käse und Erbsen verloren hatten. Gniech wurde zu 2 Jahren Zuchthaus, Keß und Ewald, denen die geschworenen milderen Umstände bewilligten, zu je 4 Monaten Gefängnis verurtheilt.

[Berichtigung.] In dem Bericht über die gestrige Stadtverordneten-Sitzung ist Zeile 24 von oben „Angriffe zu berichtigten“ (statt „berichten“) zu lesen. Ferner muß ebendaselbst 2. Sp. Zeile 24 v. o. heißen „die Aufhebung der Beschränkung des Wasserzustusses“ (das Wort „Aufhebung“ fehlt).

** [Polizeibericht.] Verhaftet: der Arbeiter G. wegen Diebstahls; der Arbeiter G. wegen Widerstand gegen Beamte in Dienst; der Schlosserfeger G. wegen Hausfriedensbruchs; die unverehelichte P. und S. wegen Diebstahls; der Arbeiter S. wegen Annahme eines falschen Namens und Tragens einer ihm nicht automobilen Uniform.

Gestohlen: der Zimmergesellenfraz M. aus Stroh, 1 Paar schwarze Tuchhosen; der Zimmergesellenfraz F. 1 blauwollenes Mannshemd und 14 Ellen schwarzen Alpacca; der unverehelichte G. ein Kleid und ein Valetot durch die Töpferfrau H.; dem Bäckermeister N. eine silberne Cylinderbüch mit Golbrand und der Nr. 9226.

Die unverehelichte S. hat die Bestrafung ihrer Dienstherkunft, der Frau Rentier B. beantragt, weil sie von dieser mit einem Messer an der Hand vorsätzlich

verletzt ist; die Witwe A. die der Arbeiter C. T. und M. wegen Hausfriedensbruch und Sachbeschädigung. Hente Morgen wurde in der Nähe des Ritterhauses eine weibliche Leiche aus dem Motlau gefischt. Die Leiche ist als die Sängerin Ottilie M. ans inem Café chantant an der Langenbrücke recognoirt. Unglückliche Liebe soll das Motiv des Selbstmordes der M. gewesen sein.

Am 25. d. Abends 9½ Uhr trieb sich auf der Promenade ein blonder 4jähriger Knabe umher, welcher seine Angehörigen verloren hatte. Der Knabe, welcher graue Hosen und Jacke, Holzpantoffeln auf den bloßen Füßen, ein leinentes Hemd und Bartend-Unterhosen trug, aber ohne Mütze war, ist von der Arbeiterfrau Müller, Petershagen hinter der Kirche No. 21, aufgenommen worden. Die Angehörigen wollen denselben von dort abholen.

Gefunden: in der Baumgartschengasse eine Broche; auf Neugarten ein Metermaß: am Jacobsthör ein Führungsstab des Heiter D.

Die Zugklappen auf der Olivaer Thorbrücke werden vom 28. d. M. ab reparirt werden. Da zunächst die eine und dann die andere Klappe in Arbeit genommen werden soll, so wird der Verkehr dadurch zwar etwas rückwärts, aber nicht unterbrochen werden.

* Marienburg, 26. Sept. In der letzten Nacht kam um die erste Frühstunde in der Schneidermühle des Fabrikbesitzers Paulsen-Calbwe Feuer aus, das bei dem von Holz aufgeführten Gebäude sehr schnell um sich griff und das letztere sehr bald in Asche legte. In der Nacht soll eine Spritze, und zwar die des freiwilligen Feuerlösch-Vereins, zur Stelle gewesen sein und in der hierzu benannten Weise gewirkt haben. In Betrieb der Entzündungsart meint man mit Bestimmtheit behaupten zu dürfen, daß bösartige Brandstiftung vorliegt, und dieserhalb eine nähere Untersuchung angestrengt werden wird. Besonders hart hat der Unfall den Müllermeister N. getroffen, dessen gesammte Habe verbrannt sind, ohne daß dieselbe verloren gewesen wäre. Die Zahl der Bewerber um die hier vor Michaeli ab vacante verbleibende Oberlehrerstelle an der höheren Töchterschule hat doch bereits eine verhältnismäßig hohe Ziffer erreicht; einen definitiven Beschluß über die Wahl hat man indeß noch nicht getroffen.

Der Königliche Eisenbahn-Maschinemeister Bellach zu Osterode ist nach Thorn versetzt worden.

* Osterode, 25. Sept. Um die durch den Tod des Pfarrer Möller vacant gewordene 2. Predigerstelle an der evangelischen Kirche hierzu bestellt haben sich zwei Kandidaten, der Pfarrer Harnack aus Pithen in Schlesien und der Pfarrer Teschner aus Gessen-Kreis Johannsburg beworben. Der

Heute früh 7½ Uhr entschlief unsere uns unvergängliche Mutter, Groß-, Urgroß- und Schwiegermutter Frau Caroline Becker, geb. Löwenstein, nach vollendetem 80. Lebensjahr am Herzschlag. Dieses zeigen tief betrübt an die Hinterbliebenen. Danzig, den 27. Sept. 1876.

Heute Nachmittag 1½ Uhr starb nach langem Leiden meine geliebte Frau, unsere thure Mutter, Tochter, Schwester und Schwägerin, Frau Kreisgerichts-Rath Amalie Goeritz,

geb. Luehrs,

im Alter von 31 Jahren.

Neustadt-Weststr., den 26. Sept. 1876.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Nach längerem Leiden, starb am 25. cr.

Nachmittags 1 Uhr, meine liebe Frau,

unsere thure Mutter u. Großmutter, Frau

Elvira Schartmann,

im Alter von 66 Jahren.

Was wir Verwandten und Freunden hiermit tiefbetrübt anzeigen.

Gr. Drischau, den 26. Septbr. 1876.

Die Hinterbliebenen.

Befamntmachung.

Die in der Richtung nach und von Neufahrwasser gehenden Stütze werden vom 1. Oktober cr. ab auf der Haltestelle Brösen nicht mehr anhalten.

Königl. Eisenbahn-Commission.

Heute wird für das laufende Jahr die Pionier-Schwimm-Anstalt geschlossen.

Das Kommando des Oldenreifischen

Pionier-Bataillons No. 1.

Auction Steindamm 25.

Freitag, den 29. September er., von 10 Uhr ab, werde ich im Auftrage der

Felix Behrend'schen Erben

2 elegante Grässchimme, 1 eleg.

Halbwagen, 1 elegante Doppelsäfse, 1 Schlitten, 2 Schlittendecen, ferner

1 Ruhbaum-Sophia mit 3 Fautenüll,

2 Tafelschläle mit br. Nips, 1 runden

nußb. Sophatisch, 1 nußb. ovalen

Sophatisch, 1 venetianischen Spiegel

mit Consolentisch in Gold, 1 dreihörigen Kleiderschrank, 1 russ. Kamini

mit Marmor, 1 mah. Kinderbettgestell

mit Matratze, 1 mah. Nähtisch mit

Marmor, 1 mahag. Sophia mit 8

Fautenüll in grünem Damast,

1 geschnittenen Kaminstuhl, 1 Schirm-

ständer, 1 sehr schönes Chaise longue mit

Kissen und Rohhaar, 1 Bücherregal,

Küchentisch und Küchenchränke, 1 eiserne

Wärmedeckan, 2 Gemälden, 1 Reb-

kopf, diverse Stallutensilien, 1 Häcksel-

lade, eine Partie Hen.

meistbietig gegen baar versteigern, wozu

höchst einlade.

Versteigung am Auctionstage von acht

Uhr ab.

(1224) A. Collet, Auctionator.

In L. Saunier's Buchhandlung A.

Scheiner in Danzig, traf so eben ein:

Dr. Strousberg u. sein

Wirken,

von ihm selbst geschildert.

Preis M. 6. (1250)

Am 2. Octbr. beginnt in meinem Kindergarten (Poggendorf 11) der Winter-Curriculum. Anmeldungen neuer Kinder werden täglich angenommen. In der 1. Abtheilung erhalten die älteren Kinder den ersten leidenschaftlichen gründlichen Schul-Unterricht

Louise Grünnmüller.

Die Annahme neuer Schüler in meiner Vorbereitungsschule findet erst Montag den 9. Octbr., Vormittag von 9—1 Uhr statt und werden nur noch Knaben für die unterste Klasse angenommen.

L. Mannhardt,

1234) Vorsteherin.

Dampfer-Verbindung

Danzig—Stettin.

Dampfer "Krebsmann", Capt. Scherlau, laden von hier nach Stettin. Abgang Ende dieser Woche.

Güter-Anmeldeungen nimmt entgegen

Ferdinand Prowe.

Offerte.

Das zur Alexander Lebrechtischen Concursmasse gehörige Waarenlager, im Tarwerthe von 1475 M., sowie das Mobiliar, im Tarwerthe von 500 M., ist bei angemessenem Gebot im Gange aus freier Hand zu verkaufen u. Näheres zu erfahren durch

den Concurs-Verwalter

Robert Hasse,

1277) Paradiesgasse No. 24/25.

Kieler Sprollen

empfiehlt

Franz Weissner, Langenmarkt,

im grün. Thor.

Feinste Tafelbutter,

wöchentlich 2 mal geliefert, 100 M. per Woche und darüber, habe vom 1. Octbr. d. J. ab abzuliefern. Vor circa 3 Jahren wurde meine Butter von Herrn Julius Teuffel verkauft.

Mehrere Bedingungen zu erfragen bei

Herrn O. Wanfried, Jopengasse 63,

1 M., wohin gef. Anfragen ebenfalls zu

richten bitte.

A. Heubner,

1229) Insel Küche bei Mewe.

Bester engl. Gascaals

z Schiffs ist billig abzugeben Röperg. 23, 1 M.

Geschäfts-Eröffnung.
Einem hochgeehrten Publikum die ergebene Anzeige, daß ich mit dem heutigen Tage das alt renommierte Restaurant

Café Bismarck

Breitgasse No. 53

eröffne. Es wird mein eifrigstes Bestreben sein, für gute Speisen und Getränke Sorge zu tragen. — Französisches Billard, Weine aus den renommiertesten Häusern, Bedienung exact.

Indem ich mich dem Wohlwollen des geehrten Publikums bestens empfehle, zeichne hochachtungsvoll Heinrich Länger.

Danzig, den 26. September 1876. (1113)

Schlenniger Gußverlauf.

Ein Gut in der fruchtbaren Gegend Westpreußens, ½ Meile vom Bahnhof und Stadt, Areal 108 Hektar Weizenacker mit guten Biesen und neuen Gebäuden, Aussaat: 60 Scheffel Weizen, 90 Scheffl. Roggen, 40 Scheffl. Erbsen, 40 Scheffl. Gerste, 60 Scheffl. Hafer, 15 Scheffl. Bicken, 10 Morgen Rüben, 350 Scheffl. Kartoff., totdes Inventar compl. (fünftl. Maschinen), lebendes: 25 Haupt Rindvieh, 4 Achseferde ic., Hypotheken Landschaft, soll für 34,000 Thlr. bei 10,000 Thlr. Anzahlung verkauft werden durch

Th. Kleemann, Danzig, Brodbänkengasse No. 33.

Geschäfts-Eröffnung.

Dem geehrten Publikum von Danzig, sowie meinen werthen Freunden hierdurch die ergebene Anzeige, daß ich am 1. October er.

Heiligegeistg. 107 im Schneidergewerkshause ein

Restaurant mit Billard

eröffne. Indem ich dies zur Kenntnis des geehrten Publikums bringe, gebe ich die Versicherung, daß ich stets für gute Speisen und Getränke zu sorgen bemüht sein werde.

Hochachtungsvoll

F. A. Müller.

Die oberen Localitäten, welche sich vorzüglich zu Hochzeiten, Ballen, Familien- und Vereins-Festlichkeiten eignen, halte ich bestens empfohlen.

Fachzeitungen für Gewerbe.

Gerber-Zeitung. Zeitung für Lederfabrikation und Lederhandel. Preis pro

Quartal 3 M.

Schuhmacher-Zeitung. Organ für Schuh- und Lederindustrie. Preis pro

Quartal 2 M. 50 M.

Sattler-Zeitung. Organ für die Bekleidungs-Commissionen sämlicher

Regimenter. Preis pro Quartal 2 M. 50 M.

Bäcker- und Conditore-Zeitung. Organ für Bäckerei, Conditorei,

Chocoladen-Fabrikation. Preis pro Quartal 3 M.

Tischler-Zeitung. Organ für Bau-, Möbel- und Kunstschlerie, Piano-

forte-Fabrikation. Preis pro Quartal 3 M.

Deutsche Schneider-Zeitung. Preis pro Quartal 3 M. 75 M.

Deutsche Färber-Zeitung. Preis pro Jahrgang 8 M.

Der Friseur. Illustrierte Zeitschrift für Haarsfrisuren. Preis pro Quartal 2 M.

Deutsches Maler-Journal. Für den praktischen Gebrauch der Zimmer- und Dekorationsmaler, Lackierer, Architekten ic. Preis pro Heft 6 M.

Die Mühle. Organ des Verbandes deutscher Müller. Preis pro Jahrgang 10 M.

Schlächter-Zeitung. Zeitschrift für die Interessen der Schlachtkunst, des Viehhändels ic. Preis pro Sem. 4 M.

Seifenfabriker-Zeitung. Organ der Seifenfabrikanten. Preis pro Jahr-

gang 7 M. 50 M.

Deutsche Töpfer- und Ziegler-Zeitung. Preis pro Quartal 3 M.

Bur. Annahme von Bestellungen empfiehlt sich

E. Doubberock,
Buch-Handlung, Langenmarkt No. 1.

Auction zu Rudolfine bei Oliva.

Donnerstag, den 28. September 1876, Vormittags 10 Uhr, werde ich auf dem

Gute zu Rudolfine bei Oliva im Auftrage wegen Verpachtung der Wirtschaft an den Meistbietenden verlaufen:

5 gute Milchläufe, 2 Leonberger Hunde (Hund und Hündin) mit Buden und Ketten, 1 russischen Schlitzen, 1 Körbawagen, 2 starle Arbeitswagen, 2 Schlitzen, 1 Wiesenflug, 1 Eisfritpator, 4 eiserne Ecken, 1 Eisart, 1 Paar Eissteifern, 1 Paar Dungbretter, 6 Stück Karren, 1 Holzschniedermaschine, 1 Stallspeind, 1 Sartel mit Reitzeug, 2 Paar Geschirre, 2 Paar Halsstöppeln mit Ketten, mehrere Kuhketten, 1 Walse, 1 Futterkasten, 1 Hochbett, 1 Stoßeisen, 1 Dungtrage, 2 Eimer mit Messingbeschlägen, blecherne Milchflaschen und verschiedene Stalls- und Wirtschaftsgegenstände können zum Mitverkauf eingebrochen werden. Den Zahlungstermin werde ich den mir bekannten Käufern bei der Auction anzeigen. Unbekannte zahlen sofort.

Joh. Jac. Wagner Sohn,
Auctionator. Bureau: Hundegasse No. 111.

Auction.

Donnerstag, den 28. Septbr. 1876, Nachmittags 4 Uhr, in Neufahrwasser an der Kielbank über:

ca. 4 Tonnen Roggen, durch Seewasser beschädigt, aus dem Schiffe "Andrea", Capt. Olsen.

Mellien. Ehrlich.

Dampfer-Verbindung.

Stettin—Danzig.

Die Tarifzettel für die zwischen Stettin und Danzig regelmäßig fahrenden Dampfer sind vom 25. September ab

bedeutend ermäßigt
Rud. Christ. Gribel in Stettin.
Ferdinand Prowe in Danzig.

Großer Ausverkauf
Jopengasse No. 36, Gang-Etage, Jopengasse No. 36,
von

Zurückgelebten Schuh- & Stiefelwaaren

aller Art.

Bestellungen sowie Reparaturen werden schnell und billig ausgeführt.

H. Lux, Jopengasse 36.

Korb's Hôtel

(früher Deutsches Haus).

Von heute ab ächt Erlanger Bier vom Fass.

A. Korb.

Sämtliche Neuheiten für Herbst und Winter

in neuen Farben und neuen Stoffen
sowohl für

Damenconfection wie Kindergarderoben

sind unmehr in sehr reicher Auswahl eingetroffen und empfehle

dieselben dem geehrten Publikum zur genießen Ansicht und Wahl.

Mathilde Tauch,

28. Langgasse 28.

<p